

An den  
Vorsitzenden der CSU-Fraktion  
im Bayerischen Landtag  
Herrn Thomas Kreuzer

-im Hause-

München, den 10.04.2014

### **Einsetzung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie**

Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer,

der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus in Bayern - NSU“ hat in der vergangenen Legislaturperiode einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Hintergründe der NSU-Mordserie geleistet. Erstmals in der Geschichte des Bayerischen Landtags ist es im Schlussbericht zu gemeinsamen Bewertungen und Schlussfolgerungen aller Mitglieder eines Untersuchungsausschusses gekommen. Ermöglicht wurde dieses Ergebnis durch die überparteiliche und an der Sache orientierte Ausschussarbeit und durch den persönlichen Einsatz seiner Mitglieder. Die Arbeit ist damit jedoch keineswegs beendet.

Auch im Bund und in anderen Ländern haben Untersuchungsausschüsse und Kommissionen parteiübergreifend eine Vielzahl von Reformvorschlägen für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz identifiziert. In Thüringen und Sachsen ist die Arbeit der Untersuchungsausschüsse noch nicht beendet. In einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hat der Bundestag in dieser Legislaturperiode die Beschlussempfehlungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses erneut bekräftigt und den anstehenden Handlungsbedarf in 50 Reformvorhaben dargestellt.

Vor uns liegt nun die Aufgabe, weiter Aufklärung zu betreiben und die Herausforderung, die Umsetzung der anstehenden Reformen parlamentarisch mit Nachdruck und Sorgfalt zu begleiten. In dieser Verantwortung stehen wir gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Angehörigen der Opfer.

Diese enorme Aufgabe kann nur in gelingen, wenn wir ihr die erforderliche Aufmerksamkeit und den passenden Rahmen widmen. Das geeignete Mittel ist deshalb die Einsetzung einer Landtagskommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie. Zum jetzigen Zeitpunkt



Landtagsfraktion



erscheint es uns auch im Hinblick auf eine mögliche Fortführung des Untersuchungsausschusses als das angemessenere Instrument. Das Parlament wird so in die Lage versetzt, den Veränderungsprozess aktiv und kontinuierlich zu begleiten. Das Instrument hat seine Effektivität bereits bei der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB unter Beweis gestellt. Nur die Einsetzung eines eigenständigen Gremiums bringt den Willen des Parlaments zur weiteren Aufklärung und zur nachhaltigen Begleitung der Reformen angemessen zum Ausdruck.

Diese anstehenden Herausforderungen können keinesfalls durch eine zusätzliche Belastung der ständigen Ausschüssen des Landtags bewältigt werden. Das würde die Grenze der Leistungsfähigkeit der Ausschüsse sprengen, die schon jetzt in den meisten Sitzungen mit übervollen Tagesordnungen zu kämpfen haben.

Um die interfraktionelle Ausrichtung des Gremiums zu unterstreichen schlagen wir eine paritätische Besetzung der Kommission nach dem Vorbild der Kinderkommission aus der 16. Legislaturperiode vor, die mit einem rotierenden Vorsitz sehr gute Ergebnisse erzielt hat. Der Sitzungsturnus sollte 6 bis 8 Wochen betragen.

Verbunden in dem gemeinsamen Ziel Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in diesem Land entschlossen entgegenzutreten, rechnen wir bei dem Vorhaben der Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie mit ihrer Unterstützung.

Damit das Gremium zügig seine Arbeit aufnehmen kann, schlagen wir zur Abstimmungen eines gemeinsamen Esetzungsantrags ein interfraktionelles Treffen in der nächsten Sitzungswoche vor.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir

mit freundlichen kollegialen Grüßen

Margarete Bause  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Markus Rinderspacher  
Fraktionsvorsitzender  
Bayern SPD Fraktion